

Hintergrund

«Die Chinesen lügen die ganze Zeit»

Konflikt um Tibet Penpa Tsering, Regierungschef der Exiltibeter, kritisiert Chinas Politik als kulturellen Genozid. Er hofft auf internationalen Druck, um Peking zu Verhandlungen zu bewegen. Von der Schweiz erwartet er Standhaftigkeit.

Vincenzo Capodici

Penpa Tsering spricht mit Sorge über das Schicksal der Tibeter in China. «Die Chinesen töten langsam, aber konsequent unsere Sprache, unsere Kultur, unsere Religion, unsere Lebensweise», sagt der neue Chef der tibetischen Exilregierung im Gespräch mit dieser Zeitung. Die Sinisierung beginne bereits im Kindergarten, wo die kleinen Tibeter Mandarin lernen müssten. Ausserdem betreibe Peking eine aggressive Ansiedlung von Chinesen in Tibet. «Es leben bereits mehr Chinesen als Tibeter in Tibet», sagt Tsering. «Wir sind nicht gegen eine multikulturelle Gesellschaft, sondern gegen die Dominanz einer Mehrheit über eine Minderheit.»

All diese Entwicklungen kämen für das tibetische Volk einem «kulturellen Genozid» gleich. «Wir haben keine Zeit mehr», sagt der im indischen Exil geborene Tsering. In Indien, in Dharamsala, befindet sich auch der Sitz der tibetischen Exilregierung. Im letzten Frühling ist der 55-jährige Tsering von den Exiltibetern zum neuen Sikyong gewählt worden, einer Art tibetischem Premierminister. Der frühere Sprecher des Exilparlaments folgte auf Lobsang Sangay.

Als Premier der Exiltibeter reist Tsering um die Welt, um für eine friedliche Lösung des tibetisch-chinesischen Konflikts zu werben und um internationale Unterstützung zu mobilisieren. Tsering ist ein Verfechter des «mittleren Weges», der zwar keine Sezession oder Unabhängigkeit von China anstrebt, aber weitreichende Autonomie und Freiheitsrechte für das tibetische Volk einfordert. Der «mittlere Weg» war einst vom Dalai Lama, dem religiösen Führer der Tibeter, vorgeschlagen worden.

Seit 2010 keine Gespräche

«Seine Heiligkeit ist nicht Teil des Problems, wie die chinesische Regierung es behauptet», betont Tsering. «Der Dalai Lama ist Teil der Lösung.» Eine friedliche Lösung der Tibet-Frage zu Lebzeiten des Dalai Lama sei von überragender Bedeutung. «Wäre er nicht mehr da, wäre dies ein grosser Rückschlag für unsere Sache», sagt Tsering. «Seine Heiligkeit hat uns aber den richtigen Weg vorgegeben und uns gelehrt, Verantwortung zu übernehmen.» Der Dalai Lama ist inzwischen 86 Jahre alt. Obwohl er seit 62 Jahren im indischen Exil lebt, ist er in Tibet noch omnipräsent.

Für seine fünfjährige Amtszeit hat der neue Sikyong der Exiltibeter ein zentrales Ziel: Er will Verhandlungen mit der chinesischen Regierung erreichen. «Wir wollen für Tibet eine Lösung, die für beide Seiten stimmt.» Zuletzt hat es von 2002 bis 2010 offizielle Gespräche zwischen den Exiltibetern und Peking gegeben.

Momentan sehen Beobachter höchstens Chancen für Gespräche auf inoffiziellen Kanälen. Zu gross sind die Meinungsunterschiede in zentralen Fragen, etwa wie viel Autonomie Tibet haben soll oder wo genau Tibets Grenzen liegen. Und derzeit dominieren die Hardliner in der chine-



«Der Dalai Lama ist nicht Teil des Problems, sondern Teil der Lösung des Tibet-Konflikts»: Penpa Tsering in Zürich. Foto: Dominique Meienberg

sischen Führung. Einer dieser Hardliner ist der neue Parteichef Tibets: Wang Junzheng. Der ehemalige Sicherheitschef der Region Xinjiang gilt als einer der Architekten des Lagersystems, in dem Hunderttausende Uiguren weggesperrt wurden. In diesen Lagern müssen die Insassen Indoktrinierung und Zwangsarbeit über sich ergehen lassen.

«Das ist typisch für Chinas Führung, wie sie mit Tibet umgeht», sagt der Regierungschef der Exiltibeter zur Berufung des neuen Tibet-Statthalters der Kommunistischen Partei. Tsering befürchtet, dass es weitere Restriktionen für das tibetische Volk geben wird. Ob in Tibet Lager-systeme wie in Xinjiang eingerichtet werden sollen, kann er nicht abschätzen. Auch weil im bereits total überwachten Tibet «kaum Informationen nach draussen dringen». Wer Informationen an Verwandte oder Bekannte im Ausland weitergebe,

Schweizer Aktivisten in Polizeigewahrsam in Griechenland

Zwei Schweizer Tibet-Aktivisten haben in Griechenland den langen Arm Pekings zu spüren bekommen. Letzten Monat reisten sie nach Olympia, wo die Fackelzeremonie im Hinblick auf die Olympischen Winterspiele 2022 in Peking über die Bühne ging. Die beiden Schweiz-Tibeter, ein 28-jähriger Mann und eine 22-jährige Frau, verteilten Flyer für eine später in Athen stattfindende Medienkonferenz der internationalen Kampagne «No Beijing 2022», die zu einem Boykott der Winterspiele im Februar aufruft.

Gemäss einer Mitteilung des Vereins Tibeter Jugend in Europa, Zürich, sind der Aktivist und die Aktivistin auf Drängen von chinesischen Beamten von der griechischen Polizei festgenommen worden. «Ein chinesischer Beamter gab sich gegenüber

der Polizei als «von der Botschaft» zu erkennen und sagte dieser, er wolle, dass wir verschwänden», berichtet einer der beiden Tibet-Aktivisten, die mit zwei weiteren Personen verhaftet wurden. Vor der Festnahme seien sie von zivil gekleideten Personen beschattet und fotografiert worden. Vier Stunden mussten sie in Polizeigewahrsam verbringen.

Doch damit nicht genug: Die 22-jährige Schweiz-Tibeterin wurde am Tag danach, nach der Medienkonferenz in Athen, erneut in Polizeigewahrsam genommen. Nach vier Stunden wurde sie ohne Erklärungen seitens der Polizei wieder entlassen. Laut «20 Minuten» bestätigte das EDA die Festnahmen der Schweizer Tibet-Aktivisten in Griechenland, machte aber keine weiteren Angaben. (vin)

müsse mit harten Strafen rechnen. Obwohl die Lage in Tibet immer düsterer werde, «gehen wir als Buddhisten unseren Weg der Gewaltlosigkeit weiter».

Tsering spricht Klartext über China – nicht nur wenn es um Tibet geht. Er verurteilt die Menschenrechtsverletzungen an den Uiguren und in Hongkong, ebenso das aggressive Verhalten Chinas gegenüber Taiwan oder Indien sowie die chinesische Propaganda in aller Welt. «Die Chinesen lügen die ganze Zeit», sagt Tsering. Und weiter: «Sie missachten internationale Abkommen. Sie halten sich nur daran, wenn diese ihnen nützlich sind.» Der Westen komme nicht mehr um die Feststellung herum, dass China sich nicht wie erhofft entwickelt habe. Die wachsende China-Skepsis in den USA und in Europa will die Tsering-Regierung nutzen, um die Anliegen der Tibeter voranzubringen. In der internationalen Gemeinschaft gebe

Der «mittlere Weg» will keine Sezession, sondern eine weitreichende Autonomie.

es wieder ein wachsendes Interesse an der Tibet-Frage, sagt Tsering. Es brauche aber konkrete Taten. Etwa Druck, der Peking wieder an den Verhandlungstisch mit den Tibetern bringe. Oder eine westliche Politik, die nicht nur Handel mit China forcieren, sondern gleichzeitig die Beachtung von Menschen- und Freiheitsrechten einfordere.

Auf seiner Mission für ein autonomes Tibet war der Sikyong in der vergangenen Woche auch in der Schweiz unterwegs. Bei seinem fünftägigen Besuch nahm Tsering an einem Tibet-Forum in Genf teil und sprach mit Schweizer Parlamentariern in Bern, er traf sich mit Mitgliedern der Gesellschaft Schweizerisch-Tibetische Freundschaft und trat in Zürich an einem Anlass des Vereins Tibeter Jugend in Europa auf. Auf die Frage, ob er auch von Bundesräten empfangen worden sei, antwortet Tsering ausweichend. Er habe mit «relevanten Personen und Behörden» Kontakt gehabt.

Überwachte Schweiz-Tibeter

«Wir sind den Schweizern sehr dankbar», sagt Tsering. Dankbar für die Bemühungen um eine friedliche Lösung in der Tibet-Frage, aber auch für die freundliche Aufnahme von Flüchtlingen. In der Schweiz leben heute über 7500 Tibeter. Sie gelten als sehr gut integriert. Hängig sind derzeit die Asylgesuche von rund 200 Tibetern, die als Sans-Papiers in der Schweiz leben.

Sorge bereitet Tsering, dass die tibetische Gemeinschaft in der Schweiz – wie auch in anderen Ländern – von Funktionären oder Informanten der chinesischen Regierung beschattet und eingeschüchert werde. «Uns sind solche Fälle bekannt», sagt Tsering. Tibet-Aktivisten in der Schweiz müssten damit rechnen, dass ihre Verwandten in Tibet Probleme bekämen, wenn sie an Demonstrationen teilnähmen. Bekannt sei auch Chinas Einflussnahme auf Medien, Universitäten und Banken.

«Wo bleibt denn die Souveränität der Schweiz?», fragt Tsering. Die Schweiz habe ein Freihandelsabkommen mit China abgeschlossen. Dies dürfe aber nicht dazu führen, dass die Schweizer sich dem chinesischen Druck beugen. «Man kann nicht immer nur an Geschäfte und Profit denken. Noch mehr Geld macht auch nicht glücklich.» Handel mit China sei in Ordnung, wenn dies mit einer Diskussion über Menschenrechte, Freiheit und Demokratie verbunden werde. Der Westen müsse trotz wirtschaftlicher Interessen seine Werte auch gegenüber China verteidigen. Und dies müsse kein Nachteil sein, meint Tsering weiter. «Denn China respektiert nur Stärke, keine Schwäche.»